

Felbermayr, Gabriel; Gröschl, Jasmin Katrin; Heiland, Inga; Stehn, Jürgen

Research Report

Die (Handels-)Kosten einer Nicht-EU

Kiel Policy Brief, No. 125

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Felbermayr, Gabriel; Gröschl, Jasmin Katrin; Heiland, Inga; Stehn, Jürgen (2019) : Die (Handels-)Kosten einer Nicht-EU, Kiel Policy Brief, No. 125, Kiel Institute for the World Economy (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/197316>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

KIEL POLICY BRIEF

Gabriel Felbermayr, Jasmin Gröschl, Inga Heiland und Jürgen Stehn

Die (Handels-)Kosten einer Nicht-EU



Nr. 125 Mai 2019

- Der Beitrag skizziert die ökonomischen Kosten für die EU-Mitgliedstaaten bei einer Umkehr des Integrationsprozesses durch eine Abwicklung der Europäischen Zollunion, des Europäischen Binnenmarktes, der Europäischen Währungsunion, der Schengen-Vereinbarung und der Freihandelsabkommen der EU mit Drittländern.
- Eine Abwicklung des EU-Binnenmarktes hätte die stärksten negativen Effekte auf Produktion, Handel und Einkommen der Mitgliedsländer. Besonders stark betroffen wären die Länder in Mittel- und Osteuropa, während etablierte EU-Mitglieder wie Deutschland, Frankreich oder Italien eher unterdurchschnittlich hohe Kosten zu tragen hätten.
- Die anderen Desintegrationsschritte hätten geringere Kosten zur Folge, sind aber durchaus spürbar, da sie Jahr für Jahr nach dem Desintegrationsschock anfallen würden.

ÜBERBLICK/OVERVIEW

- Der Beitrag skizziert die ökonomischen Kosten für die EU-Mitgliedstaaten bei einer Umkehr des Integrationsprozesses durch eine Abwicklung der Europäischen Zollunion, des Europäischen Binnenmarktes, der Europäischen Währungsunion, der Schengen-Vereinbarung und der Freihandelsabkommen der EU mit Drittländern.
- Eine Abwicklung des EU-Binnenmarktes hätte die stärksten negativen Effekte auf Produktion, Handel und Einkommen der Mitgliedsländer. Besonders stark betroffen wären die Länder in Mittel- und Osteuropa, während etablierte EU-Mitglieder wie Deutschland, Frankreich oder Italien eher unterdurchschnittlich hohe Kosten zu tragen hätten.
- Die anderen Desintegrationsschritte hätten geringere Kosten zur Folge, sind aber durchaus spürbar, da sie Jahr für Jahr nach dem Desintegrationsschock anfallen würden.

Schlüsselwörter: Kosten einer Nicht-EU, Handelskosten, Simulation

- This paper sketches the economic costs for EU member countries in case of a reversal of the integration process by dissolving the EU Customs Union, the European Single Market, the European Currency Union, the Schengen Agreement, and the Regional Trade Agreements with third parties.
- Dissolving the EU Single Market would exert the strongest negative effects on production, trade, and income of EU member countries. Central and Eastern European countries would suffer from over proportionally high losses, whereas established members like Germany, France, or Italy would suffer less.
- All other steps of disintegration would lead to lesser costs that nevertheless would be perceptible, because the predicted losses would occur year by year after the disintegration shock.

Keywords: Costs of a Non-EU, Trade Costs, Simulation

Gabriel Felbermayr

Institut für Weltwirtschaft
Kiellinie 66
24105 Kiel
Tel.: +49 431 8814 236
E-Mail: gabriel.felbermayr@ifw-kiel.de

**Jasmin Gröschl**

ifo Center for International Economics
Poschingerstr. 5
81679 München
E-Mail: groeschl@ifo.de

**Inga Heiland**

University of Oslo
Problemveien 7
0315 Oslo, Norwegen
inga.heiland@econ.uio.no

**Jürgen Stehn**

Institut für Weltwirtschaft
Kiellinie 66
24105 Kiel
Tel.: +49 431 8814 236
E-Mail: juergen.stehn@ifw-kiel.de



Die Autoren tragen die Verantwortung für den Inhalt dieser Publikation, nicht das Institut. Kommentare sind direkt an die Autoren zu richten.

DIE (HANDELS-)KOSTEN EINER NICHT-EU

Gabriel Felbermayr, Jasmin Gröschl, Inga Heiland und Jürgen Stehn

1 EINLEITUNG

Im Europawahlkampf verweisen die Politiker vieler Parteien auf die Errungenschaften der Europäischen Integration. Dabei fallen zunehmend Stichworte wie der Abbau der Roamingkosten in der Mobiltelefonie, die europäische Datenschutzverordnung oder europäische Umweltschutzmaßnahmen. Schnell in den Hintergrund gerät dabei der Motor der europäischen Integration, nämlich der Abbau von Handelskosten zwischen den Mitgliedsländern und im Handel mit Drittländern. Die Europäische Zollunion, der Europäische Binnenmarkt, die Europäische Währungsunion, der Abbau von Zollschränken im Schengen-Raum und die Freihandelsabkommen der EU mit Drittländern sind Meilensteine, die – gemessen an der Wertschöpfung – den größten Freihandelsraum der Welt geschaffen haben. Dieser Beitrag möchte die Bedeutung der Reduzierung von Handelskosten wieder mehr in den Vordergrund rücken und zeigen, welche weitreichenden Effekte eine Umkehr des europäischen Integrationsprozesses durch einen schrittweisen Abbau dieser Meilensteine auf Handel, Produktion und Einkommen in den Mitgliedsländern der EU und bei ihren Handelspartnern hätte.

Die hier dargestellten Wirkungen beruhen auf den Ergebnissen einer umfangreichen empirischen Analyse von Felbermayr et al. (2018), die mit Hilfe eines Gravitationsmodells die Handelswirkungen einzelner Integrationschritte abgeleitet und darauf aufbauend die Wirkungen einer schrittweisen Desintegration in Europa auf Wohlfahrt, Produktion, Wertschöpfung und Einkommen simuliert haben.

2 GRAVITATIONSANALYSE: BINNENMARKTEFFEKTE IM DIENSTLEISTUNGSHANDEL AM GRÖSSTEN

Die Gravitationsanalyse zeigt, dass der EU-Binnenmarkt den Güterhandel der Mitgliedsländer um ungefähr 36 Prozent ausgeweitet hat. Mit Blick auf die geschätzte Handelselastizität entspricht dies einer Reduzierung der nichttariflichen Handelskosten um 9 Prozent. Im Dienstleistungsbereich sind der handelsschaffende Effekt und die Handelskostensparnis mit 82 bzw. 34 Prozent deutlich höher. Eine Mitgliedschaft in der Eurozone führte zu einer Verringerung der Transaktionskosten um 1,7 Prozent im Güterhandel und 9,8 Prozent im Dienstleistungshandel. Die Wirkungen des Abbaus von Grenzkontrollen im Schengen-Raum hängen wesentlich davon ab, ob die Transitländer zwischen den beiden Handelspartnern ebenfalls dem Schengen-Raum angehören. Durch den Abbau der Kontrollen an einer Grenze ergeben sich unter diesen Bedingungen Handelskostensparnisse von 2,6 Prozent für den

Güter- und 5,2 Prozent für den Dienstleistungshandel. In sektoraler Hinsicht profitierten das Baugewerbe, die Pharmazeutische Industrie und die unternehmensnahen Dienstleistungen am stärksten von einer EU-Mitgliedschaft.

3 SIMULATIONSANALYSE: KOSTEN EINER EUROPÄISCHEN DESINTEGRATION

Aufbauend auf den Schätzungen der Gravitationsanalyse können die Wirkungen eines kontrafaktischen Abbaus verschiedener Integrationsschritte auf Einkommen, Wertschöpfung, Produktion und Handel simuliert werden. Auf diese Weise lassen sich die Kosten aufzeigen, die entstanden wären, wenn die Vertiefung der europäischen Integration langsamer verlaufen wäre, als sie es tatsächlich ist. Um möglichst detaillierte Aussagen zu einzelnen Integrationsschritten treffen zu können, wurden die folgenden sieben (kontrafaktischen) Szenarien simuliert:

- (1) Abschaffung der Europäischen Zollunion. Es wird abgenommen, dass an Stelle des bisherigen Freihandels in der Zollunion Meistbegünstigungszölle zwischen den bisherigen Mitgliedsländern erhoben werden, wie sie gegenwärtig Drittländern unter den Regeln der WTO gewährt werden.
- (2) Abwicklung des Europäischen Binnenmarktes durch die Einführung nichttarifärer Handelshemmnisse im Intra-EU-Handel. Nichttarifäre Handelshemmnisse wurden im Binnenmarkt etwa durch die gegenseitige Anerkennung von Normen und Standards oder einen einheitlichen Rahmen für die Wettbewerbspolitik beseitigt.
- (3) Auflösung der Europäischen Währungsunion, die für die Mitglieder der gegenwärtigen Eurozone Transaktionskosten durch den dann notwendigen Währungstausch verursachen würde.
- (4) Wiedereinführung von Grenzkontrollen innerhalb des Schengen-Raums.
- (5) Rücknahme aller regionalen Freihandelsabkommen zwischen der EU und Drittländern, die 2014 in Kraft waren. Dies betrifft die Abkommen mit Korea, Mexiko, Norwegen, der Türkei und der Schweiz. Als Referenz für die Simulation wurde das Abkommen mit Korea verwendet.
- (6) Rückführung aller Integrationsschritte der EU inklusive der Freihandelsabkommen mit Drittstaaten.
- (7) Rückführung aller Integrationsschritte der EU (6) und zusätzlich Beendigung aller Nettotransferzahlungen zwischen EU-Mitgliedern, wie sie etwa innerhalb der Struktur- und Agrarfonds angelegt sind.

Produktions- und Handelswirkungen

Tabelle 1 zeigt, wie sich Produktion sowie Brutto- und Wertschöpfungshandel unter den Bedingungen der verschiedenen Szenarien verändern würden. Veränderungen im Bruttohandel sind nur bedingt aussagekräftig mit Blick auf die durch veränderte Handelskosten ausgelösten Wertschöpfungseffekte. Daher wird hier mit Hilfe der „VAX-Relation“ zusätzlich das Verhältnis zwischen Wertschöpfungs- und Bruttoexport ausgewiesen, das als Indikator für die relative Bedeutung des Handels entlang von Wertschöpfungsketten angesehen werden kann.¹ Die Tabelle unterscheidet darüber hinaus zwischen den Effekten auf die 13 überwiegend mittel- und osteuropäischen Ländern, die nach dem Jahr 2000 der EU beigetreten sind („neue EU-Länder“), und denen auf die „älteren“ Mitgliedsländer.

Mit Blick auf die Produktionsveränderungen fallen vor allem fünf Wirkungen ins Auge. Erstens sind die neuen Mitgliedsländer von einer Desintegration deutlich stärker betroffen als die alten. Eine Rückführung aller Integrationsschritte würde den neuen Mitgliedsländern einen Produktionsrückgang um 10,7 Prozent, den alten Mitgliedsländern um 5,2 Prozent kosten. Zweitens hat die Abwicklung des Binnenmarktes quantitativ höhere Wirkungen als alle anderen Schritte der Desintegration gemeinsam. Das gilt sogar dann, wenn man die Nettotransferzahlungen einbezieht. Drittens sind die aufsummierten Effekte der Szenarien (1)-(5) höher (in absoluten Werten) als der Effekt einer Rückführung aller Integrationschritte (Szenario 6). Dies spiegelt die Komplementaritäten zwischen den einzelnen Integrationschritten wider. So sind die Verluste durch die Erhebung von Zöllen geringer, wenn gleichzeitig der Binnenmarkt abgewickelt wird, da dann die Zollbasis geringer ausfällt. Viertens profitieren Drittländer von einem völligen Zusammenbruch der EU und würden einen Produktionszuwachs von ungefähr 1,6 Prozent erzielen. Fünftens fallen die Änderungen des Anteils der inländischen Wertschöpfung an der Gesamtproduktion geringer aus als die absoluten Produktionsveränderungen. Die Wertschöpfung geht durch eine Desintegration also geringer zurück als die Produktion, was darauf zurückzuführen ist, dass die Wiedereinführung von Handelshemmnissen eine Produktionsverlagerung hin zu wertschöpfungsintensiveren Branchen bewirkt. Dies ist von besonderer Bedeutung, da die Wertschöpfung einen großen Einfluss auf die Wohlfahrtseffekte hat.

Bei den Handelswirkungen spielt die Abwicklung des Europäischen Binnenmarktes die größte Rolle. Sie führt zu einem Rückgang des innereuropäischen Handels um annähernd 30 Prozent. Dieser Rückgang übertrifft bei weitem die handelsschaffenden Effekte mit Drittländern, die sich lediglich zwischen 1,1 und 2,7 Prozent bewegen. Ähnlich wie bei den Produktionseffekten müssen die neuen Mitgliedsländer auch bei den Handelseffekten höhere Kosten erleiden als die älteren. Ähnliches gilt für die Abschaffung der Zollunion und der Euro-Zone, allerdings mit deutlich geringeren oder insignifikanten Effekten. Die Handelseffekte bei einer Rückführung aller Integrationsschritte werden durch den Binnenmarkteffekt dominiert. Neue Mitgliedsländer erleiden Verluste in Höhe von 42–45 Prozent, alte Mitgliedsländer verzeichnen einen Rückgang der Exporte um 41–43 Prozent. Auffallend ist, dass der Wertschöpfungshandel durch eine Desintegration geringer betroffen ist als der Bruttohandel.

¹ Das VAX-Konzept geht auf Johnson und Noguera (2012) zurück.

Tabelle 1:
Veränderungen in Produktion, Bruttohandelsströmen und VAX-Relation

	Produktion		Exporte in					
	brutto (in Prozent)	WS/Output (in Prozent- punkten)	alte EU		neue EU		nicht-EU	
brutto (in Prozent)			VAX (in Prozent- punkten)	brutto (in Prozent)	VAX (in Prozent- punkten)	brutto (in Prozent)	VAX (in Prozent- punkten)	
S1 Zollunion (Meistbegünstigungszölle)								
alte EU	-0,84	0,29	-8,81	1,71	-9,70	2,01	0,50	-0,65
neue EU	-1,81	0,53	-8,85	1,51	-9,70	2,83	0,66	-1,39
nicht-EU	0,21	-0,03	0,69	-0,17	0,37	0,09	0,20	-0,04
S2 Binnenmarkt								
alte EU	-3,4	0,33	-27,71	3,46	-90,64	3,95	1,75	-0,96
neue EU	-7,54	0,66	-28,48	3,67	-29,05	5,42	2,74	-2,81
nicht-EU	1,11	-0,09	2,54	-1,32	0,89	-1,55	1,10	0,05
S3 Euro-Zone								
alte EU	-0,45	0,06	-2,82	0,88	-0,80	0,10	0,05	-0,14
neue EU	-0,06	0,01	-0,57	0,00	-0,07	0,14	0,05	0,12
nicht-EU	0,11	0,00	0,04	-0,16	0,32	-0,01	0,11	0,05
S4 Schengen-Raum								
alte EU	-0,72	0,10	-7,93	0,82	-10,62	1,75	-0,70	-3,24
neue EU	-1,78	0,25	-9,96	1,62	-5,79	2,99	-0,17	-3,78
nicht-EU	0,26	-0,05	-0,83	0,19	-1,01	0,17	0,35	-3,06
S5 Regionale Handelsabkommen								
alte EU	-0,18	-0,01	0,35	-0,10	0,64	-0,03	-1,57	0,53
neue EU	-0,24	0,03	0,00	0,15	0,28	0,24	-2,03	0,71
nicht-EU	0,05	0,01	-1,96	0,51	-3,11	1,04	0,09	0,04
S6 Vollständige Desintegration								
alte EU	-5,20	0,60	-40,78	4,85	-43,99	5,38	-0,10	-0,71
neue EU	-10,74	1,15	-41,49	4,97	-39,54	7,99	0,90	-3,09
nicht-EU	1,63	-0,12	0,30	-0,82	-2,94	-0,29	1,74	0,05
S7 Vollständige Desintegration inkl. Transfers								
alte EU	-5,34	0,60	-40,85	4,85	-45,17	5,07	-0,16	-0,69
neue EU	-13,53	1,10	-42,60	4,76	-41,94	7,32	-1,08	-3,17
nicht-EU	1,60	-0,12	0,22	-0,82	-5,11	-0,57	1,73	0,06

Anmerkung: Fette Zahlen zeigen signifikante Ergebnisse auf dem 10-Prozent-Niveau an. VAX gibt den heimischen Wertschöpfungsgehalt der Exporte an.

Quelle: Felbermayr et al. (2018).

Einkommenswirkungen

Ein Abbau der EU-Integration wirkt sich sehr unterschiedlich auf das reale Pro-Kopf-Einkommen der EU-Mitgliedsländer und wichtiger Handelspartner aus (Tabelle 2). Eine Abwicklung des Europäischen Binnenmarktes hat wie erwartet die größten Einkommenseffekte. Insbesondere die kleineren EU-Länder wie Luxemburg (-19,73 Prozent) und Malta (-14,33 Prozent) sowie mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten wie Ungarn (-10,6 Prozent), die Tschechische Republik (-9,5 Prozent), die Slowakische Republik (-9,5 Prozent), Slowenien (-7,7 Prozent), Estland (-7,8 Prozent) oder Polen (-5,9 Prozent) würden einen kräftigen Rückgang ihrer Pro-Kopf-Einkommen verzeichnen. Aber auch etablierte kleinere Mitgliedsländer wie Irland (-9,4 Prozent), Belgien (-8,2 Prozent) oder Österreich (-6,2 Prozent) wären stärker betroffen.

Tabelle 2:
Veränderungen im realen Pro-Kopf-Einkommen (in Prozent, Basisjahr 2014)

Scenario:	Binnenmarkt	Zollunion	Euro	Schengen	RHA	Alle	Alle plus Transfers
AUS	0,01	-0,00	0,01	0,00	0,00	0,02	0,02
AUT	-6,17	-0,09	-0,67	-1,15	-0,14	-7,97	-7,91
BEL	-8,20	-0,24	-0,77	-1,76	-0,16	-11,10	-11,47
BGR	-5,67	-0,08	-0,01	-1,31	-0,25	-7,12	-11,57
BRA	0,00	0,00	-0,00	-0,00	0,00	0,00	0,00
GAN	0,03	-0,00	0,01	0,00	-0,00	0,06	0,06
CHE	0,49	0,05	-0,09	-0,85	-1,15	-2,00	-2,02
CHN	0,14	0,03	0,01	0,03	0,02	0,22	0,22
CYP	-5,06	0,19	-0,75	-0,91	0,03	-6,05	-7,29
CZE	-9,47	-0,42	-0,02	-2,00	-0,11	-11,97	-14,71
DEU	-3,91	-0,13	-0,41	-0,80	-0,11	-5,22	-5,10
DNK	-4,89	-0,02	-0,01	-1,23	-0,14	-6,35	-6,37
ESP	-2,55	-0,05	-0,28	-0,78	-0,01	-3,56	-4,20
EST	-7,75	-0,14	-0,57	-2,81	-0,11	-11,15	-14,01
FIN	-3,78	-0,01	-0,28	-1,59	-0,02	-5,63	-5,60
FRA	-2,91	-0,04	-0,29	-0,56	-0,04	-3,72	-3,72
GBR	-2,33	0,07	-0,02	-0,46	-0,01	-2,71	-2,88
GRC	-2,16	0,12	-0,16	-0,63	-0,13	-2,84	-5,83
HRV	-4,94	-0,12	-0,03	-0,98	-0,05	-5,92	-6,85
HUN	-10,64	-0,30	-0,06	-2,94	-0,14	-14,16	-20,82
IDN	0,06	0,02	0,00	0,02	0,00	0,10	0,10
IND	0,06	0,02	0,01	0,01	0,01	0,11	0,11
IRL	-9,35	-0,68	-0,89	-0,96	-0,34	-12,31	-12,68
ITA	-2,52	-0,07	-0,25	-0,75	-0,09	-3,56	-3,76
JPN	0,02	0,01	-0,01	0,01	0,01	0,04	0,04
KOR	0,24	0,06	0,01	0,06	-0,27	0,06	0,05
LTU	-5,55	-0,22	0,02	-2,23	-0,03	-7,80	-12,72
LUX	-19,73	0,03	-3,86	-0,98	-0,24	-23,26	-23,74
LVA	-5,79	-0,07	-0,46	-2,31	-0,04	-8,33	-12,02
MEX	0,03	0,01	0,01	0,01	-0,06	-0,02	-0,02
MLT	-14,33	0,10	-2,55	-1,53	-0,05	-17,81	-20,11
NLD	-7,25	-0,37	-1,30	-1,84	-0,19	-10,90	-10,98
NOR	0,08	-0,02	0,22	-1,29	0,49	-1,11	-1,13
POL	-5,93	-0,26	-0,00	-1,82	-0,11	-7,77	-11,83
PRT	-3,90	0,06	-0,38	-1,31	-0,03	-5,26	-7,30
ROU	-4,53	-0,01	-0,04	-0,00	-0,15	-4,65	-8,21
ROW	0,06	0,03	0,01	0,03	0,00	0,15	0,13
RUS	0,04	-0,01	0,08	-0,44	-0,03	-0,47	-0,50
SVK	-8,91	-0,09	-0,77	-2,28	-0,11	-11,87	-14,34
SVN	-7,68	-0,31	-0,78	-1,77	-0,15	-10,35	-13,25
SWE	-4,22	-0,01	-0,00	-1,60	-0,12	-6,01	-5,75
TUR	0,19	0,08	-0,01	-0,63	-0,28	-0,83	-0,85
TWN	0,30	0,06	0,00	0,06	0,04	0,46	0,45
USA	-0,02	-0,00	-0,00	-0,02	0,00	-0,03	-0,03

Anmerkung: Fette Zahlen zeigen signifikante Ergebnisse auf dem 10-Prozent-Niveau an. RHA = Regionale Freihandelsabkommen mit Drittländern; die Länderkürzel entsprechen dem WITS-System.

Quelle: Felbermayr et al. (2018).

Die Einkommenseffekte für die größeren Länder wie Deutschland (-3,9 Prozent), Frankreich (-2,9 Prozent), Italien (-2,5 Prozent) oder das Vereinigte Königreich (-2,3 Prozent) fallen dagegen deutlich geringer aus. Einige Drittländer wie etwa die Schweiz (+0,5 Prozent), Taiwan (+0,3 Prozent) oder Korea (+0,2 Prozent) würden von der Abwicklung des Europäischen Binnenmarktes profitieren, während die Vereinigten Staaten leichte Einkommensverluste (-0,1 Prozent) verzeichnen würden. Einige dieser Effekte mögen als sehr gering angesehen werden, es ist jedoch zu beachten, dass diese Ergebnisse die Effekte einer Bestandsgröße (Handelskosten) auf eine Stromgröße widerspiegeln. In jedem Jahr nach einer Auflösung des Binnenmarktes wäre das reale Pro-Kopf-Einkommen daher um den angegebenen Prozentsatz geringer (oder höher).

Die Abschaffung der Europäischen Zollunion hat deutlich geringere Effekte. Die größten Einkommensverluste hätten Irland (-0,7 Prozent), die Tschechische Republik (-0,4 Prozent) und die Niederlande (-0,44 Prozent) zu verbuchen. Für einige EU-Mitgliedsländer wären die Einkommenseffekte sogar leicht positiv. Dies ist damit zu erklären, dass eine Wiedereinführung von Meistbegünstigungszöllen zunächst einmal zu Mehreinnahmen der Länder und damit zu einem höheren Pro-Kopf-Einkommen führen.

Eine Auflösung der Euro-Zone würde mit Einkommensverlusten für alle Eurozonenmitglieder einhergehen. Am stärksten wäre Luxemburg (-3,9 Prozent), am geringsten Italien (-0,3 Prozent) betroffen. Auch EU-Länder, die nicht an der Eurozone teilnehmen, würden verlieren, während Drittländer außerhalb der EU keine Auswirkungen einer Abschaffung der Eurozone spüren würden.

Die höchsten Einkommensverluste bei einer Wiedereinführung von Grenzkontrollen im Schengen-Raum hätten periphere und ärmere Mitgliedsländer wie Ungarn, Estland, Slowenien, Lettland, Litauen oder die Tschechische Republik zu tragen. Einen geringeren, aber durchaus spürbaren Rückgang des realen Pro-Kopf-Einkommens (-0,9 bis -1,8 Prozent) hätten kleine und tendenziell reichere Länder wie Österreich, die Niederlande, Portugal, Polen, Belgien, Dänemark und Finnland zu verzeichnen.

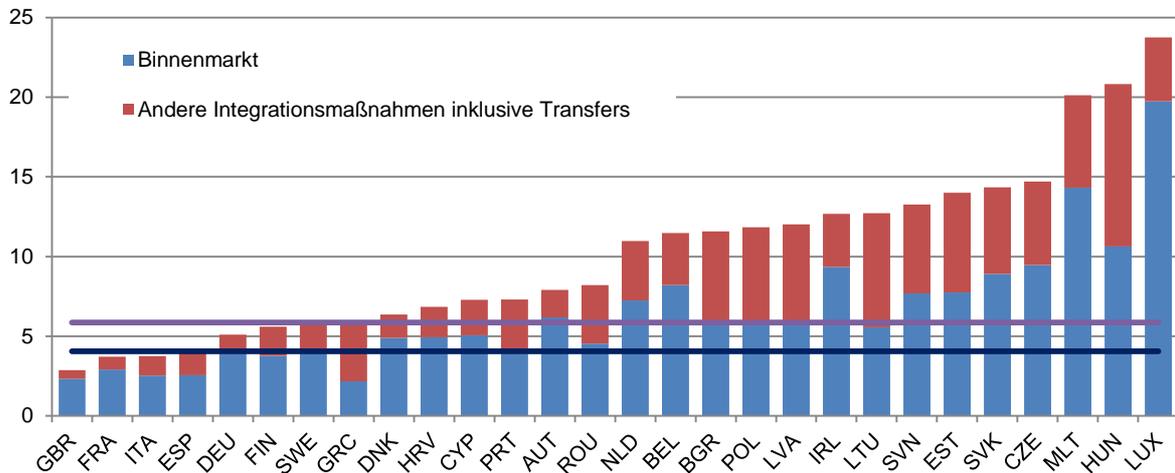
Eine Aufkündigung aller regionaler Freihandelsabkommen mit Drittländern und eine damit verbundene Einführung von Meistbegünstigungszöllen würden die Mitgliedsländer der EU kaum treffen. Während Partnerländer der Abkommen wie die Schweiz (-1,15 Prozent), die Türkei (-0,28 Prozent) und Korea (-0,27 Prozent) Einkommensverluste hinnehmen müssten.

Von einer Rückführung aller Integrationsschritte wären alle EU-Mitgliedsländer betroffen. Die größten Einkommensverluste hätten kleine Länder wie Luxemburg (-23,26 Prozent) und Malta (-17,81 Prozent) sowie viele mittel- und osteuropäischen Staaten wie Ungarn (-14,16 Prozent), die Tschechische Republik (-11,97 Prozent), die Slowakische Republik (-11,87 Prozent), Estland (-11,15 Prozent) oder Slowenien (-10,35 Prozent) zu tragen. Etablierte Mitglieder der EU wie Deutschland (-5,22 Prozent), Frankreich (-5,63 Prozent) oder Italien (-3,56 Prozent) wären deutlich weniger stark betroffen. Den geringsten Rückgang im Pro-Kopf-Einkommen würde das Vereinigte Königreich verzeichnen (-2,71 Prozent). In der Gruppe der Drittländer müssten die Länder den stärksten Rückgang im realen Pro-Kopf-Einkommen tragen, die wie die Schweiz (-2,00 Prozent) und die Türkei (-0,83 Prozent) durch Freihandelsabkommen enger mit der EU verflochten sind.

Eine zusätzliche Streichung aller Transfers in der EU bringt insgesamt sehr ähnliche Ergebnisse wie eine Rückführung aller Integrationssschritte. Allerdings würden Nettozahlerländer geringere Einkommensverluste erleiden als Nettoempfängerländer.

Abbildung 1 stellt die Ergebnisse grafisch dar. Die horizontalen Linien beziehen sich auf die EU-weiten Durchschnitte für die Effekte des Binnenmarktes und für die Summe aller Integrationsmaßnahmen. Die Abbildung macht sehr deutlich, dass der Großteil der positiven Effekte der EU-Integration dem Binnenmarktprogramm zuzuschreiben sind. Für Länder wie Deutschland macht dieser circa 80 Prozent des Gesamteffektes aus. In kleineren Ländern, die stark von Nettotransfers profitieren, ist der relative Beitrag des Binnenmarktes deutlich kleiner. In Polen oder Ungarn ist er nur 50 Prozent des Gesamteffektes, und in Litauen liegt er unter 50 Prozent.

Abbildung 1:
Effekte einer Rückabwicklung der EU-Integration (Prozent der realen Prokopfeinkommen)



Horizontale Linien stellen die EU-weiten Durchschnitte der Binnenmarkteffekte und der Summe der EU-Effekte dar.

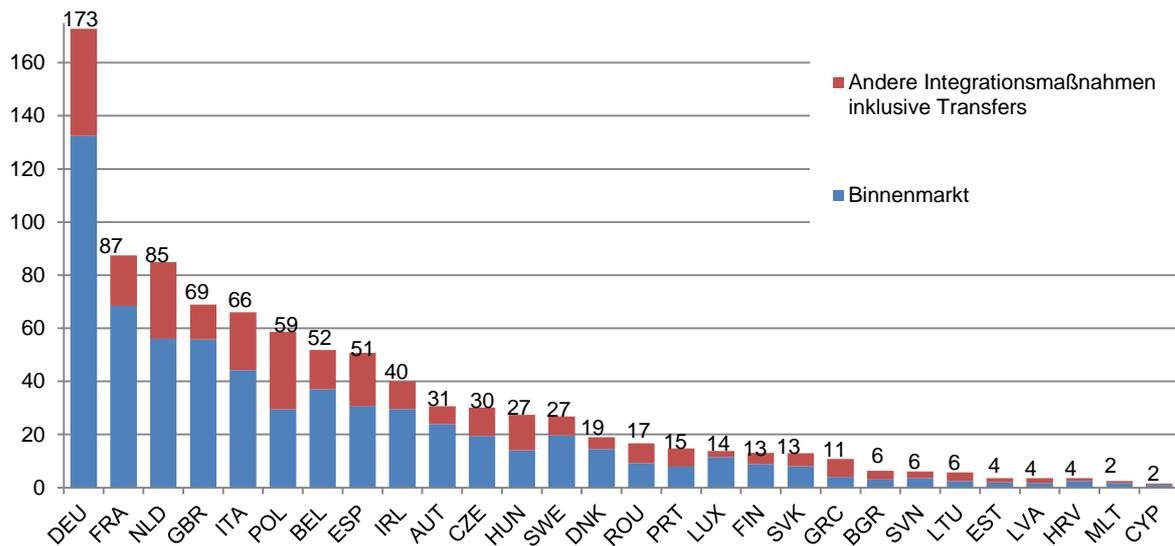
Quelle: Felbermayr et al. (2018); eigene Darstellung.

Unter allen EU-Mitgliedern profitiert Großbritannien am wenigsten von seiner Mitgliedschaft im Binnenmarkt und von den anderen Integrationsmaßnahmen. Der EU-Binnenmarkt ist besonders gut im Bereich der Industrie entwickelt; das Vereinigte Königreich aber hat seine stärksten komparativen Vorteile im Dienstleistungssektor. Außerdem hat Großbritannien vergleichsweise geringe Handelskosten mit Drittstaaten (beispielsweise wegen der englischen Sprache), was den Anteil des Handels mit diesen Ländern erhöht, und den Anteil des EU-internen Handels, der dann auch von der EU-Integration profitieren kann, absenkt.

Abbildung 2 betrachtet die absoluten Veränderungen des preisbereinigten BIPs, die sich durch eine Rückabwicklung der EU ergeben würde. Deutschland wäre aufgrund seiner Größe am stärksten betroffen; sein BIP würde um insgesamt 173 Milliarden Euro schrumpfen. Der Effekt auf Frankreich wäre ziemlich genau halb so groß. Dies folgt einerseits aus der Tatsache, dass die französische Volkswirtschaft kleiner als die deutsche ist, andererseits aber auch aus dem geringeren relativen Effekt. Großbritannien hat die zweitgrößte Volkswirtschaft der EU,

trotzdem liegen die Gewinne aus der Mitgliedschaft mit 69 Milliarden Euro deutlich unter jenen, die die Niederlande verzeichnen können.

Abbildung 2:
Effekte einer Rückabwicklung der EU-Integration (Veränderung des preisbereinigten BIP in Mrd. Euro)



Basisjahr 2018.

Quelle: Felbermayr et al. (2018); eigene Darstellung.

In Summe beträgt der Wohlstandsgewinn für alle EU-Mitglieder circa 930 Milliarden Euro. Dieser Betrag ist so groß wie die Summe der Bruttoinlandsprodukte der zwölf kleinsten EU-Staaten.

4 FAZIT

Die (kontrafaktische) Analyse einer Umkehr des europäischen Integrationsprozesses verdeutlicht, dass eine Desintegration den EU-Mitgliedsländern teils erhebliche Kosten aufbürden würde. Vor allem die Rückführung des Europäischen Binnenmarktes würde sich in hohem Maße auf Produktion, Handel und Einkommen der einzelnen Länder auswirken. Bei der Rücknahme anderer Integrationssschritte wären die Wirkungen geringer, dürfen aber nicht unterschätzt werden, da die hierdurch entstehenden (absoluten) Kosten Jahr für Jahr nach dem Desintegrationsschock anfallen würden. Im Umkehrschluss zeigen die hohen Kosten einer Desintegration auf, wie hoch die Wohlfahrtsgewinne sind, die die (noch) 28 Mitgliedsländer aus einer Reduzierung der Handelskosten ziehen konnten. Daher sollte die europäische Politik durch eine Orientierung am ökonomischen Subsidiaritätsprinzip und durch eine Integrationspolitik der verschiedenen Clubs auch den Ländern eine Teilnahme am freien Handel in der EU ermöglichen, denen die Kompetenzverlagerung auf die supranationale Ebene zu weit oder zu schnell geht. Dies gilt nicht zuletzt mit Blick auf das Vereinigte Königreich.

LITERATUR

Felbermayr, G., J. Gröschl und I. Heiland (2018). Undoing Europe in a New Quantitative Trade Model. ifo Working Papers 250. München.

Johnson, R., und G. Nopera (2012). Accounting for Intermediates: Production Sharing and Trade in Value Added. *Journal of International Economics* 86 (2): 224–236.

IMPRESSUM

DR. KLAUS SCHRADER
Leiter Bereich Schwerpunktanalysen
Head of Area Special Topics

> klaus.schrader@ifw-kiel.de

Herausgeber:

Institut für Weltwirtschaft (IfW)
Kiellinie 66, D-24105 Kiel
Tel.: +49-431-8814-1
Fax: +49-431-8814-500

Redaktionsteam:

Dr. Klaus Schrader (Schriftleitung, v.i.S.d.
§ 6 MDStV), Ilse Büxenstein-Gaspar, M.A.,
Margitta Führmann.
Das Institut für Weltwirtschaft ist eine rechtlich
selbständige Stiftung des öffentlichen Rechts des
Landes Schleswig-Holstein.

Umsatzsteuer ID:

DE 251899169

Das Institut wird vertreten durch:

Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D. (Präsident)

Cover Foto:

© wrangler - Fotolia.com

Zuständige Aufsichtsbehörde:

Ministerium für Bildung, Wissenschaft und
Kultur des Landes Schleswig-Holstein



© 2019 Institut für Weltwirtschaft.
Alle Rechte vorbehalten.

<https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/kiel-policy-briefs/>